Das Infoblatt der Wohnungsbaugenossenschaft
"Bremer Höhe" eG

2/21



Willkommen Dieffenbachstraße 69

Kontrovers diskutiert: Enteignung

Genossenschaftsleben kehrt zurück

Inhalt

- 3 Erstmals begünstigte Dritte Dieffenbachstraße 69 gehört zu "Bremer Höhe" eG
- 5 Dieffe69 Kommentare der neuen Bewohner
- 8 Warum "Deutsche Wohnen] Co. enteignen"? – Ein Streitgespräch
- 13 Genossenschaftliches Entscheiden, Diskutieren und Feiern
- 15 Informationen zur Nutzung des Saals in Hobrechtsfelde
- 16 Bündnis junger Genossenschaften mit neuem Statut

- 17 Was wurde eigentlich ...

 aus dem Musterhaus der
 Bremer Höhe?
- 18 Initiativenfonds Jurysitzung im April 2021
- Wie wohne ich richtig ...? Plötzlich platscht das Wasser durch die Decke
 Hummel-Nisthilfe im Pappelhof
- Termine, Verwaltung und Impressum

Erstmals begünstigte Dritte – Dieffenbachstraße 69 gehört zur "Bremer Höhe" eG

Der Begriff "Vorkaufsrecht" taucht seit einiger Zeit vermehrt in den Medien auf oder erscheint im Zusammenhang mit Demonstrationen gegen den "Mietenwahnsinn" etc. Nun konnte die WBG "Bremer Höhe" eG erstmals ein Haus im Rahmen des bezirklichen Vorkaufsrechts übernehmen. Aber was heißt das genau?

Die Ausübung des gesetzlichen Vorkaufsrechts nach § 24 Abs. 1, Ziff. 4 Baugesetzbuch ist ein Rechtsinstrument zum Schutz der gebietstypischen Bevölkerung vor sozialräumlichen Verdrängungsprozessen. Geschützt werden soll damit die vorhandene Sozialstruktur eines Stadtteils, wobei das Vorkaufsrecht kein Instrument des Sozial- oder Mietrechts, sondern ein städtebauliches ist. Wenn die Gefahr besteht, dass durch einen Verkauf z. B. die Umwandlung in Eigentum oder Luxussanierungen und damit eine Verdrängung der vorhandenen Bevölkerung drohen, kann der Bezirk in den vorhandenen Kaufvertrag eintreten.

Allerdings schreckten viele Gemeinden bisher davor zurück, die Sache auszuprobieren, denn das Verfahren ist nicht nur konfliktträchtig, sondern bedarf einer schnell handelnden Verwaltung und entschlossener Wohnungsunternehmen, die als Vorkäufer, sogenannte begünstigte Dritte, zur Verfügung stehen. Die beiden Hauptprobleme waren und sind die sehr hohen Kaufpreise und die äußerst kurze Frist von zwei Monaten, innerhalb der das Recht auszuüben ist. Die meisten der etwa 50 im letzten Jahr uns anfragenden Mieterinnengemeinschaften kamen viel zu spät auf uns zu, hatten falsche Vorstellungen von uns ("Passt unser Haus nicht prima in Ihr Portfolio?"…) oder der Kaufpreis ließ sich absolut nicht finanzieren – schon gar nicht in so kurzer Zeit.

Als aber Anfang November 2020 die Leute aus der Dieffenbachstraße 69 in Kreuzberg eine E-Mail schrieben, von ihrer sehr gut organisierten und zusammengewachsenen Hausgruppe berichteten und uns mitteilten, die Vorkaufsfrist laufe am 17. 12. 20 ab, hatten wir immerhin gut sechs Wochen. Nun

musste alles ganz schnell gehen. Umgehend klärten wir, ob es noch Mittel im Fördertopf "genossenschaftlicher Bestandserwerb" gab, mit dessen Hilfe wir im letzten Jahr bereits den Kauf der Freiligrathstraße 5 mitfinanzierten (s. Info-Blatt 2/20). Ein erstes Treffen mit den Hausbewohnerinnen und -bewohnern zeigte, dass sie realistische Erwartun-



gen an uns hatten und wussten, dass es ohne ihr eigenes finanzielles Engagement nicht klappen würde. Bereits am 12.11.20 besichtigten wir das Haus mit einem Fachmann für Holzschutz und mit einer Architektin, um den Bauzustand realistisch einschätzen zu können. Am gleichen Tag stellten wir einen Förderantrag bei der zuständigen Senatsverwaltung. Am 14.11. trafen sich Vorstand und Aufsichtsrat mit der Hausgruppe, von den 17 Parteien erklärten sich 14 schriftlich bereit, Mitglied in der Genossenschaft zu werden und zum Teil sehr hohe Anteile zu zeichnen. Am 30. 11. unterschrieben wir die Abwendungsvereinbarung mit dem Bezirk, mit der wir uns zur Einhaltung der Ziele des Milieuschutzes verpflichteten. Am 7.12. wurde unser Förderantrag und am gleichen Tag auch das für die Durchführung notwendiger Instandsetzungsmaßnahmen erforderliche Darlehen der Investitionsbank Berlin bewilligt. Und am 15.12. sprach der Bezirk – fristgerecht – das Vorkaufsrecht gegenüber Verkäufer und Käufer aus. Gespannt warteten wir und mehr noch die 17 Haushalte auf den Ablauf der Widerspruchsfrist.

Das Unerwartete geschah: Der Verkäufer legte Widerspruch gegen die Ausübung des Vorkaufsrechts ein. Hätte der ursprüngliche Käufer das getan, weil ihm seine geplante Investition und Geldanlage durch die Lappen ging – das hätten wir verstanden.

Aber der Verkäufer bewirkte nur, dass er erstmal sein Geld nicht bekam. Zum Glück standen ihm einige kundige Menschen beratend zur Seite, u. a. sein Makler und der zuständige Mitarbeiter des Bezirksamts. Der Verkäufer zog im März seinen Widerspruch zurück. Nun waren noch mehrere notarielle Erklärungen abzugeben, alles fernschriftlich, denn das ursprüngliche Notariat saß 600 Kilometer entfernt. Am 29. April 21 war es dann soweit. Seither gehört eine weitere tolle Hausgemeinschaft zu unserer Genossenschaft (s. S. 5).

Ulf Heitmann und Barbara König

Im Haus unserer neuen Genossen: das TZOM im Haus Dieffenbachstraße 69 mit Spezialitäten aus Eritrea.



Dieffe69 – Kommentare der neuen Bewohner

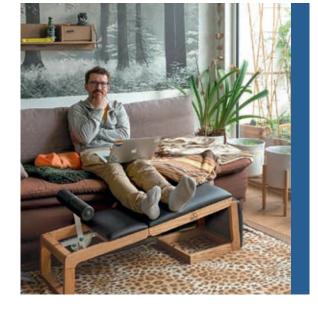
Wir haben ein paar Kommentare der neuen Bewohner und Bewohnerinnen zum Verkauf ihres Hauses Dieffenbachstraße 69 in Kreuzberg an die Genossenschaft gesammelt:

Beim Verkauf unseres Hauses an einen Investor merkten wir plötzlich, wie dünn das Eis ist, auf dem man lebt. Nach der Rettung durch die "Bremer Höhe" stehen wir wieder auf festem Boden und besser denn je. (Johannes)





Unsere Hausgemeinschaft ist sehr besonders. Wir sind sehr unterschiedlich und doch halten wir zusammen. Das hat sich gerade jetzt gezeigt. Als die Nachricht vom Verkauf des Hauses kam, entstand eine unglaubliche Energie. Eine Website wurde im Nu aufgesetzt, die rechtlichen Rahmenbedingungen recherchiert, gemeinsam nach Lösungen gesucht. Die WBG "Bremer Höhe" hat uns nicht im Stich gelassen. Am Ende hat es trotz einiger Stolpersteine doch noch geklappt. Und ich bin wahnsinnig froh darüber. Zu wissen, dass der eigene Wohnraum nicht Spielball von Wohnungsspekulanten geworden ist, beruhigt ungemein. Die Dieffe 69 bleibt Heimat! Mehr von solchen Kreuzberger Geschichten. (Kemal Doğan)



Die Dieffe69 ist mit all den tollen Nachbarn und Freunden zu unserem zu Hause geworden. Meine Tochter und ich fühlen uns hier wirklich sehr wohl und finden es super, dass die BH nun mit an Bord ist! Wir freuen uns auf eine gemeinsame Zukunft und die zukünftigen Begegnungen. (Karl)



Neben der Erleichterung, auch in Zukunft hier wohnen bleiben zu können, freut es uns, dass unser Haus dem immer wahnsinniger werdenden Markt dauerhaft entzogen werden konnte.

(Hannah, Felix, Niko & Lina)

Da ich einen Übungsraum/Atelier im Georg-von-Rauch-Haus hatte, welches von der "Bremer Höhe" renoviert, instandgesetzt und auch nach den Bränden nicht im Stich gelassen wurde, war mir klar, wohin die Reise nach dem Verkauf unseres Mietshauses gehen sollte. Der Vorbesitzer verkaufte Vorder- und Gartenhaus, ohne uns zu informieren; wir bekamen es nur über das Bezirksamt mit. Da gingen natürlich die Alarmglocken bei unserer Mietergemeinschaft an. (Marcus Reinke)





An die "Bremer Höhe" eG kamen wir, man kann es vielleicht ehrlich sagen, natürlich aus Verzweiflung und viel Tatendrang. Aber gerne verrate ich, was wir von zwei Insidern hörten: der eine riet "Die würden richtig gut zu Euch passen!" und der andere sagte "Alles, was die annehmen, machen die richtig gut!" Dass dann der Kontakt sehr schnell gut und vertrauensvoll wurde, half uns als Hausgemeinschaft bei der klaren Entscheidung, dass wir all unsere Bemühungen, ein Vorkaufsrecht geltend zu machen, auf die Zusammenarbeit mit der "Bremer Höhe" eG richten wollten. Für meine Kinder im Teenageralter und mich ist es eine unbeschreibliche Entlastung, sich nun durch unsere Genossenschaftsmitgliedschaft ein Stück sicherer mit unserem Lebensraum zu fühlen. Den Veränderungen und Verantwortlichkeiten sehe ich froh entgegen, ich bin auf jeden Fall dabei! (Dorle)



Als Berliner Familie ist man ja mittlerweile ein seltenes Gewächs, und jetzt sind wir auch noch Mitglied in der Bremer Höhe... Verrückt ist das – aber wir sind froh dabei zu sein. (Clara, Nici & Lars)

Wir wurden Teil der Dieffenbach 69-Gemeinschaft, als wir unser eritreisches Restaurant "Tzom" im Sommer 2014 eröffneten. Wir fühlten uns sofort willkommen und das Tzom wurde zu einem wichtigen Treff- und Mittelpunkt für die Nachbarschaft, die dadurch Jahr für Jahr immer aktiver und stärker vernetzt wurde. Der Zusammenhalt unserer Hausgemeinschaft und unsere gemeinsame Vision führte uns zur "Bremer Höhe". Einer Genossenschaft beizutreten, die unsere Werte teilt, ist ein extrem wichtiger Schritt gewesen, der uns mit Freude und Zuversicht erfüllt.

Dank der "Bremer Höhe" können wir nun weiterhin diesen Kiez beleben mit dem Gefühl, Teil einer Gemeinschaft zu sein.

Fühlt euch alle jederzeit herzlich willkommen bei uns im Tzom! (Edoardo, Silva, Aida & Elena)





Warum "Deutsche Wohnen & Co. enteignen"? – Ein Streitgespräch

Am 26. September will die Initiative "Deutsche Wohnen & Co. enteignen" parallel zur Abgeordneten- und Bundestagswahl in Berlin mit einem Volksentscheid über einen der bisher größten Eingriffe in den Berliner Wohnungsmarkt demokratisch abstimmen lassen. 175.000 Unterschriften müssen bis zum 25. Juni zusammenkommen für eine Gesetzesinitiative, die eine Vergesellschaftung von renditeorientierten Wohnungskonzernen mit mehr als 3.000 Wohnungen fordert. Die Initiative trifft bei den meisten Vorständen der Berliner Genossenschaften – auch bei der "Bremer Höhe" – auf Kritik und Ablehnung, besonders wegen des Enteignungs-Kriteriums der 3.000 Wohnungen. Die Mietaktivisten für den Volksentscheid, darunter auch Mitglieder der "Bremer Höhe", kritisieren für diese Ablehnung wiederum die Genossenschaften. Deshalb haben wir uns als hoehe-Infoblatt für ein Streitgespräch zu diesem Thema entschieden, das im Folgenden auszugsweise zu lesen ist. Es diskutieren Matthias Bernt, Politologe, Genosse der "Bremer Höhe" und Aktivist von "Deutsche Wohnen & Co. enteignen" sowie Ulf Heitmann, Vorstand der "Bremer Höhe" eG.

Das Gespräch fand am 5. Mai 2021 statt. (Am 25. Mai gaben die Immobilienunternehmen Vonovia und Deutsche Wohnen ihre Fusionspläne bekannt; zusammen gehören ihnen dann 156.000 Wohnungen in Berlin.)



Matthias Bernt: Woher kommt der Zuspruch für die Initiative? Mit Sicherheit ist es so, dass es eine Menge Wut bei den Leuten gibt, weil alles, was bisher getan worden ist, nicht zu fruchten scheint. Es ist ein ziemlicher Druck im Kessel und die Leute wollen, dass was passiert. Und da ordnet sich auch

die Zustimmung für "Deutsche Wohnen Enteignen" ein. Die Initiative hat einen ziemlich klaren Gesetzentwurf vorgelegt, der auch erklärt, warum das machbar ist.

Ulf Heitmann: Also ich finde es völlig legitim über Maßnahmen nachzudenken, die mit einer großen Wahrscheinlichkeit dazu führen werden, dass sich der Mietmarkt entspannt. Insofern sind wir als Genossenschaft nicht prinzipiell dagegen. Enteignet wurde immer, das ist weder eine linke noch eine rechte Idee. Den klaren Gesetzentwurf, den sehe ich eher nicht, der ist relativ verschwommen. Und die Hoffnungen, die dadurch geweckt werden, dass sich der Mietmarkt entspannt, wenn man die Unternehmen ab einer Größe von 3.000 Wohnungen enteignet, teile ich nicht.

Es ist mittlerweile auch durch die Forschung festgestellt worden, dass ein Großteil der Probleme nicht von einer Unternehmensgröße oder Rechtsform abhängt, sondern häufig im Bereich der Wohnungsumwandler liegt. Das sind kleinere Fonds und Kapitalgesellschaften, die über fünf oder



sechs Grundstücke verfügen, die relativ schnell kaufen, teuer sanieren und dann ebenso schnell wieder abstoßen. Was mich am meisten stört, ist der Verdacht, der aufgemacht wird, dass große Wohnungsunternehmen zu enteignen, das Problem wirklich lösen würde. Die 3.000 sind willkürlich, das ist ganz klar und eine Dämonisierung einzelner Unternehmen.

MB: Fangen wir mal mit der Zahl 3.000 an. Du hast Recht, das ist eigentlich ein sehr schlichtes Instrument. Es muss ja definiert werden, wer enteignet werden soll. Da hat die Initiative gesagt, jetzt nehmen wir Pi Mal Daumen diese 3.000-Schwelle, weil das ungefähr der Realität entspricht, dass alle diese Unternehmen, die in Berlin mehr als 3.000 Wohnungen haben, – und die nicht gemeinwirt-

schaftlich, genossenschaftlich, kommunal sind – globale Finanzinvestoren sind. Also da fallen drunter: Deutsche Wohnen, Vonovia, Akelius, Heimstaden, Pears Group und ein paar andere. Vielleicht gibt es bessere Kriterien, aber da warte ich auf andere Vorschläge. Du sagst, es gibt diese Umwandler mit weniger als 3.000 Wohnungen und die sind viel schlimmer, das stimmt.

Bisher habe ich aber auch da keine Vorschläge gehört, wie eine qualitative Bewertung aussehen könnte. Die 3.000 ist eine Hilfsbrücke, die ungefähr zutrifft. Aber ich finde, dass der Ausdruck von "Dämonisierung" ein bisschen falsch ist. Die von mir gerade genannten Unternehmen verfolgen ein toxisches Geschäftsmodell, Gewinne werden nur auf dem Rücken der Mieter gemacht.

UH: Also erst mal: Unternehmen wie die Deutsche Wohnen sind auf legale Weise zu ihrem Eigentum gekommen. Wir wissen, dass die rot-rote Koalition 2004 die GSW für einen Appel und ein Ei verkauft hat und diese 65.000 Wohnungen waren der Grundstock der Deutsche Wohnen. Das ist leider so passiert und eine der Parteien von damals plakatiert jetzt "Enteignung – Berlin hat Eigenbedarf". Ich bin nicht hier, um die Deutsche Wohnen zu verteidigen, aber ich möchte schon darauf hinweisen, dass die Mieten dort bei durchschnittlich 7,50 Euro liegen, dass also die Bestandsmieter relativ geschützt sind. Und sie wandeln nicht in Eigentum um. Wenn man also die Mieten nimmt, sind die wirklich vergleichbar mit städtischen Gesellschaften, bei der Gewobag sind die Mieten nicht niedriger. Aber eben die klaren Kriterien der Enteignung, die du beschreibst, die sehe ich nicht. So steht ja im Beschluss des Volksbegehrens: "Alle Unternehmen mit Gewinnerzielungsabsicht, gleich welcher Rechtsform, die Wohnungen in einer Anzahl über dieser Schwelle in ihrem Bestand haben, werden von der Vergesellschaftung erfasst."

MB: Das stimmt so nicht, in dem Beschluss steht auch drin: "Ziel einer Vergesellschaftung ist die Schaffung von Gemeineigentum, weshalb Unternehmen in öffentlichem Eigentum oder in kollektivem Besitz der Mieter*innenschaft oder gemeinwirtschaftlich verwaltete Unternehmen rechtssicher ausgenommen werden sollen." Das heißt: Es geht nicht einfach nur um Unternehmen mit mehr als 3.000 Wohnungen.



UH: Einige Protagonisten von der DW-Enteignen-Initiative sehen das so, vielleicht sogar die überwiegende Anzahl, dass man gewisse gemeinwirtschaftliche Unternehmen ausnehmen kann. Juristen und Gutachter, mit denen ich darüber gesprochen habe, sagen eher, diese Unterscheidung ist nicht möglich.

MB: Der Wissenschaftliche Dienst des Abgeordnetenhauses sagt genau das Gegenteil. Und zu dem Punkt der vergleichbar niedrigen Mieten: 2019 hatte die Deutsche Wohnen eine Durchschnittsmiete von 6,95 Euro und lag über dem Mietspiegel, der damals 6,72 war. Wenn man in Betracht zieht, dass die Deutsche Wohnen Bestände aus der GSW übernommen hat, wo die Mieten deutlich unter dem Mietspiegel lagen und dass es sich um Wohnungen handelt, die keine besonders hohe Qualität haben, zeigt das, dass die Deutsche Wohnen die Mieten immer weiter hochgezogen hat. Und die Deutsche Wohnen ist der größte Vermieter in Berlin, der den Mietspiegel nicht akzeptiert. Dazu kommen regel-

mäßige Klagen über mangelhaften Service, schlechte Instandhaltung, zu hohe Betriebskosten. Es ist ein Geschäftsmodell, das durch den Aktienkurs bestimmt wird und die Dividende für die Aktionäre. Die Deutsche Wohnen steht zurecht im Fokus der Kampagne.

UH: Aber was ist danach? Eigentümer mit mehr als 3.000 Wohnungen werden enteignet. Dann stellt man fest, mittlerweile hat sich die Wohnungswirtschaft so umstrukturiert, dass kein Unternehmen mehr unter die Kriterien fällt, das ist ja das erste, was die sich dann einfallen lassen. Und dann stellt ein Richter fest, dass tatsächlich die Vermutung, die jeder vom Fach hat, stimmt, dass bestimmte Unternehmensformen, die man wegen ihrer Rechtsform oder der besser gestellten Position der Mieterschaft wie bei Genossenschaften, moralisch zwar ausnehmen könnte, juristisch aber nicht. Und am Ende enteignest du nur noch Genossenschaften. Die Gefahr ist da. Ihr wollt das nicht, aber dann hast du einen Zauberlehrling.

Die Entwicklung auf dem Wohnungsmarkt verängstigt viele Mieter*innen



MB: Das sind verschiedene Punkte, der erste ist: Wenn das Gesetz verabschiedet ist, ist es auf jeden Fall sicher, dass es beklagt wird und eine Weile dauern wird, bis da Recht gesprochen ist. Der Gefahr, dass die Unternehmen sich dann einfach umstrukturieren, um unter eine Schwelle von 3.000 Wohnungen zu kommen, kann mit einer Fristenregelung begegnet werden. Das zweite Gegenargument: Es ist alles nicht rechtssicher. Du hast insofern recht, dass so eine Enteignung nach Artikel 15 des Grundgesetzes bisher nicht erfolgt ist und es ist ein Experiment. Im Gegensatz zum Mietdeckel ist es aber so, dass die die Mehrzahl der Gutachten sagt, dass eine Vergesellschaftung durchführbar ist. Das heißt, die Rechtslage sieht hier vergleichsweise gut aus. Wie bei allen öffentlichen Vorgängen, kann das beklagt werden. Mir fällt auch nicht ein, wie man eine Gesetzesinitiative starten sollte, die nicht eine Klage nach sich ziehen könnte von Leuten, die sich dadurch ungerecht behandelt fühlen. Aber mit den positiven Gutachten im Rücken sollte man den Weg beschreiten.

UH: Was mich aber auch sehr stört, ist diese "Anstalt Öffentlichen Rechts", die da am Ende bei der Vergesellschaftung herauskommen soll.

MB: Was jetzt hier passiert, ist kein fertiges Gesetz, sondern eine Gesetzesinitiative. Da steht im Prinzip drin, dass das Abgeordnetenhaus ein Gesetz verabschieden soll. Die genauere Ausgestaltung des Gesetzes wird in den politischen Raum des Abgeordnetenhauses weitergegeben. Die Gesetzesinitiative gibt nur Leitplanken vor und eine dieser Leitplanken ist im Prinzip relativ einfach: Die Bestände sollen nicht einer kommunalen Gesellschaft übergeben oder auf alle sechs in Berlin aufgeteilt werden. Es soll eine Trägerform aufgezogen werden, die weniger gewinnorientiert aufgestellt ist, als dies in der Form einer GmbH oder Aktiengesellschaft möglich ist und es ist die Idee da, demokratische Mitbestimmung einzubauen. Das sind die Grundideen, die sind verhandelbar und gestaltbar. Wenn Leute bessere Ideen haben, wie man die Mitbestimmung von Mietern garantieren kann, gerne. Ich kann mir auch vorstellen, dass man dann sagt, wir machen nicht eine Gesellschaft, sondern mehrere Gesellschaften. Es ist auch denkbar, dass sich Mieter dann zusammentun und selber eine Genossenschaft gründen. Von daher sehe ich da einiges an Spielraum, aber das verlangt natürlich auch, dass man solch eine Auseinandersetzung einigermaßen konstruktiv führt.

UH: Das steht ja leider nicht so da drin mit dem Spielraum in alle Richtungen, gerade wenn es um Dezentralisation geht. Ich bin ja auch ein Vertreter von Beteiligungen, allerdings muss Beteiligung und Verantwortung schon in einer Hand liegen, denn verantwortungslose Beteiligung führt dazu, dass nur Wunschträume geäußert werden. Verantwortung und Entscheidungsfindung müssen in einer Hand liegen. Da steht nun mal "Anstalt Öffentlichen Rechts" drin und diese Vorschläge sind relativ eingeengt. Dann würde ich aber auch wirklich erwarten, dass stärker kommuniziert wird, auch in der Öffentlichkeit, dass diese Gesetzesinitiative eher eine demokratischere Aufstellung der Wohnungswirtschaft, der vergesellschafteten Wohnungswirtschaft inkludiert, als ein Zentralmonster Öffentlichen Rechts. Das würde sogar noch die eine oder andere Stimme in den Genossenschaften befördern.

Ehrlich gesagt, als Mensch, der in dieser Bundesrepublik lebt und das Grundgesetz recht gut findet, finde ich es auch gut, dass man es mal probiert, was der Artikel 15 überhaupt hergibt. Was hat sich der Gesetzgeber an Spielräumen bei Vergesellschaftung mit diesem Artikel überhaupt gedacht. Vergesellschaftung – was ist das überhaupt? Das ist schon spannend und deshalb machen wir als Genossenschaft nicht - wie andere Genossenschaften – Totalfront gegen diese Initiative. Wir sehen darin auch ein Mittel, das Thema "Preiswertes und kostendeckendes Wohnen" auf der einen Seite und Demokratisierung des wohnungswirtschaftlichen Sektors auf der anderen Seite, zu beleben, also tatsächlich die Mitbestimmung der Menschen über ihre eigenen Lebensverhältnisse zu stärken. Dennoch bleibt es dabei, das Kriterium der Initiative ist ein quantitatives und kein qualitatives und darin liegt die allergrößte Schwäche.

MB: Das stimmt zwar, aber die Last der Welt kann nicht alleine auf der Initiative ruhen. Sicher schürt die Initiative viele Erwartungen und Hoffnungen werden geweckt. Aber das ist ja kein Entweder Oder. Was wir seit 10 Jahren beobachten in Berlin ist ein Aufschwung an Mieterbewegungen und Mieterinitiativen, die ganz viele verschiedene Sachen fordern, mit der verbindenden Idee, dass Wohnen keine Ware ist, sondern ein Grundrecht, das demokratisch verwaltet werden soll. Wenn man da aber was ändern will, dockt man natürlich am vorhandenen Rechtssystem an und dadurch gibt es eine Vielzahl an Bereichen, Themen und Forderungen,



in denen gearbeitet wird, und "Deutsche Wohnen Enteignen" ist eine davon. Was man aber schon sieht, dass sie Teil einer breiteren Bewegung ist, als es eben noch vor 10 Jahren der Fall war.

Und zur Rolle der Genossenschaften. Ich glaube, über ein paar Sachen sind wir uns sicher einig. Das ist der Befund, dass Wohnungen nicht wesentlich zum Spekulieren da sind, sondern dass darin gewohnt werden soll, dass Wohnen bezahlbarer sein muss und möglichst demokratisch von unten verwaltet wird. Was ich denke ist, dass ein Teil der Genossenschaften genau das machen. Was ich aber vermisse, dass sie sich in einer konstruktiven Art und Weise in die laufende Diskussionen wie z.B. bei "Deutsche Wohnen Enteignen" einbringen. Was man von außen mitbekommt ist, dass einige Genossenschaften mit den FakeNews, sie selbst sollen jetzt auch enteignet werden, versuchen, an allen Stellen gegen die Initiative zu schießen. Die Genossenschaften müssten mehr aus ihrer Wagenburg raus und könnten sich so stärker in die Diskussion einbringen.

UH: Es gibt 29 Genossenschaften in Berlin, die mehr als 3.000 Wohnungen haben. Die Gefahr für die Genossenschaften, dass sie betroffen sind, ist real da und das wird auch so kommuniziert. Und die Genossenschaften sagen auch, dass Kommunikation das Wichtigste ist, einen Haufen Geld spart und

Ob die Enteignung großer Unternehmen der richtige Weg ist, den Wohnungsmarkt zu entspannen und für ausreichend bezahlbaren Wohnraum zu sorgen, ist strittig

einen Klage-Tsunami erspart, der am Ende natürlich erfolgen wird. Die Erwartungshaltung in die Initiative ist nun mal riesig - "Von der Krise zur Enteignung". Die Enteignung quasi als Allheilmittel zur Lösung der Wohnungskrise. Dass die aber nur ein Element sein kann, um den Wohnungsmarkt hier eventuell etwas umzugestalten, wird gerade leider vergessen. Die Diskussion ist momentan in Bezug auf das Thema "Enteignung" total verengt, von beiden Seiten. Und dass eben gerade eventuell betroffene Genossenschaften da etwas mehr Panik schieben, ist verständlich. Aber gerade die Verengung der Diskussion, weil Stadtentwicklung so ein komplexes und breites Thema ist. führt nicht zu einer Deeskalation, die so eine Debatte eigentlich bräuchte. Wir sind mal gespannt, wie das jetzt ausgeht.

Gesprächsprotokoll: Andreas Döhler

Hinweis: Wer für den Volksentscheid unterschreiben möchte, kann dies direkt bei Matthias Bernt (Gneiststraße 2) oder an einer der vielen Sammelstellen der Initiative tun, zu finden unter https://www.dwenteignen.de/sammelpunkte/

Genossenschaftliches Entscheiden, Diskutieren und Feiern in (hoffentlich bald überwundenen) Corona-Zeiten

Wir sind es alle leid: die ewigen Berichte über Infektionszahlen, Mutanten und Impfquoten. Die vielen Absagen, x-fachen Verschiebungen oder lahmen digitalen Notbehelfe von Veranstaltungen bringen uns langsam aber sicher zur Verzweiflung. Wir wollen uns wieder "in echt" treffen, miteinander diskutieren, ohne erst Mikros anzuschalten, und in größerer Runde feiern.

Aber ganz so weit ist es noch immer nicht. Auch in unserer Genossenschaft müssen wir uns weiter in Geduld üben: im Juni wird es dieses Jahr keine Versammlungen geben, aber Aufsichtsrat und Vorstand hoffen angesichts der einerseits sinkenden und andererseits steigenden Zahlen (Infektionen, Impfungen), nach den Sommerferien vorsichtig wieder "Genossenschaft live" veranstalten zu können.

Es soll losgehen mit der Mitgliederversammlung, die für den frühen Abend des 17. Augusts angesetzt ist. Da dieselbe im letzten Jahr ausgefallen ist, stehen viele Entscheidungen und Wahlen an. Nicht nur müssen die Jury des Initiativenfonds sowie ein Drittel der Schlichtungskommission neu besetzt werden.

Vor allem stehen sechs Plätze im Aufsichtsrat zur Wahl! Gesucht werden interessierte und engagierte Mitglieder, die bereit sind, sich für das Wohlergehen der Genossenschaft 8 bis 10 Abende im Jahr um die Ohren zu schlagen und auch zwischendrin die eine oder andere Information durchzulesen. Klingt trocken, ist aber oft sehr interessant und zuweilen sogar lustig. Wer Interesse hat und sich über die Aufgaben eines Aufsichtsratsmitglieds näher informieren lassen möchte, kann eine E-Mail an aufsichtsrat@bremer-hoehe.de schicken. Im Interesse einer guten Vertretung aller Bestände wäre es schön, wenn sich auch aus den neu hinzugekommenen Projekten Mitglieder für diese Aufgabe interessierten.

Eine Einladung zur **Mitgliederversammlung** inklusive Geschäftsbericht 2020 erhalten alle Mitglieder in wenigen Wochen.

Wir wollen den sommerlichen Termin der Mitgliederversammlung nutzen, um im Anschluss mit den Teilnehmenden auf dem Schönhauser Hof ein we-



Der größtenteils noch amtierende Aufsichtsrat; am 17.08.21 werden 6 Mandate neu vergeben.

nig zu feiern: es wird Getränke, Snacks und Musik - und gegen schlechtes Wetter ein großes Zelt geben.

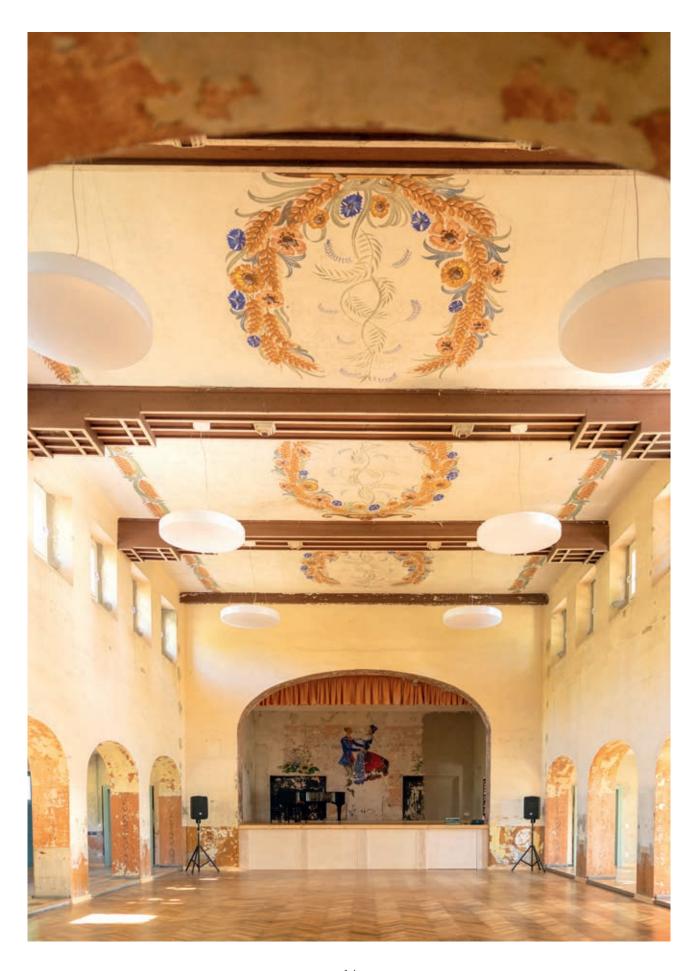
Der Termin für unsere diesjährige genossenschaftliche **Fahrradtour** steht noch nicht fest, aber auch diese hoffen wir im Herbst durchführen zu können.

Und am 13. Oktober wird es dann hoffentlich die schon mehrfach angekündigte und immer wieder verschobene Diskussion des neuen Leitbilds unserer Genossenschaft geben. Den Termin bitte schon einmal vormerken – eine Einladung folgt!

Barbara König

Stimmungsvolles Feiern ist in der Pandemie viel zu kurz gekommen





Informationen zur Nutzung des Saals in Hobrechtsfelde

Seit gut einem Jahr wohnen wir im Gemeinschaftshaus und den drei Neubauten in Hobrechtsfelde, und schon im Winter vor dem Einzug hatte sich die Saal AG formiert. Seitdem kümmern wir uns ehrenamtlich um die Ausstattung und den Betrieb des ca. 300 qm großen Saals und bemühen uns, für alle Projektbewohner*innen akzeptable Nutzungsformen zu finden.

Ursprünglich hatten wir uns vorgestellt, im ersten Jahr viel auszuprobieren und so herauszufinden, welche und wie viele Veranstaltungen sich mit den Ruhebedürfnissen der direkten Anwohner*innen vereinbaren lassen. Daraus wurde, von kleineren Aktivitäten abgesehen, erst einmal nichts. Aber sobald es die Pandemiesituation erlaubt, möchten wir den Saal auch für einen größeren Personenkreis nutzbar machen – weil wir uns über die Wiederbelebung des alten Saals sehr freuen, aber nicht zuletzt auch, weil wir zur Deckung der Betriebskosten auf Einnahmen angewiesen sind. Sonst bleiben wir als Bewohner*innen des Gemeinschaftshauses und der Neubauten nämlich auf diesen Kosten sitzen. Für die zukünftige Nutzung haben wir nun einige Richtlinien festgelegt:

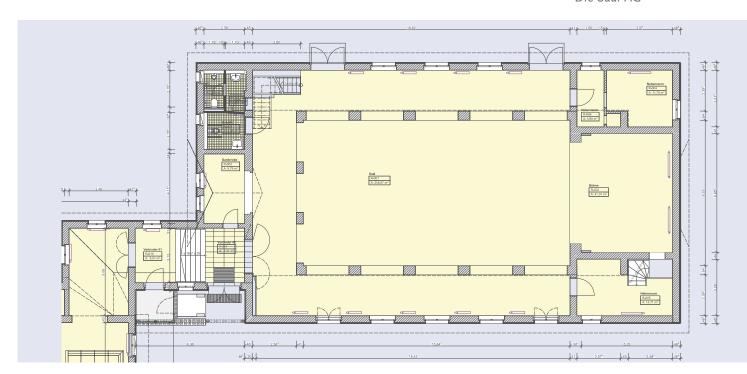
Unter der Adresse saal@bremer-hoehe.de können Anfragen für den Saal gestellt werden; die Saal AG informiert über Kosten und koordiniert die Entscheidung der Projektbewohner*innen über diese Anfragen. Dabei gilt: Die Anzahl großer und lauter Veranstaltungen soll begrenzt bleiben. Außerdem setzen wir **Prioritäten für die Nutzung**.

- ▶ erstens nach dem Personenkreis: Beim Zugriff auf den Saal für Veranstaltungen gewähren wir Projektbewohner*innen Vorrang vor Bremer-Höhe-Genoss*innen und Dorfbewohner*innen und diesen wiederum Vorrang vor externen Veranstalter*innen.
- ▶ und zweitens nach Art der Nutzung: Wir priorisieren Veranstaltungsarten, die sich (auch) an Projektbewohner*innen richten, kulturelle Veranstaltungen sowie kleine und ruhige Veranstaltungen.

Wichtig zu wissen für alle, die den Saal gern nutzen möchten: Er ist kein offiziell zugelassener Veranstaltungsort; kommerzielle Veranstaltungen mit zahlendem Publikum sind aus diesem Grund nicht möglich. Und ganz wichtig: Wir setzen auf Eigenverantwortlichkeit und bieten keinen weiteren Service an, das umfasst insbesondere das Saubermachen nach jeder Veranstaltung und die Müllentsorgung.

Der Saal hat eine Grundfläche von ca. 300 qm, ist ca. 8 m hoch und verfügt über eine ca. 25 qm große Bühne mit Vorhang und Flügel. Darüber hinaus gibt es eine Galerie mit ca. 40 qm, die ebenfalls mit einem Vorhang abgetrennt werden kann. Eine Soundanlage ist vorhanden, außerdem Stühle und Tische. Es gibt zwei Toiletten und einen separaten Vorraum, der als Garderobe genutzt werden kann.

Die Saal-AG



Von Caroline Fetscher

Über eine Alternative zum gescheiterten Mietendeckel

us und vorbei. Unter dem Mietendeckel hatte der Topf gebrodelt, der Deckel ist abgeplatzt. Rechtlich klappt das nicht, so nicht. Andere Pläne tun not. Mit dem Privatisieren landeseigener Immobilienschätze hatten ausgerechnet rot-rote Regierungen über Jahrzehnte genuin tiefschwarze Politik gemacht. Den Deckel kriegten sie da nicht mehr drauf. Das Versilbern hat den Goldrausch auf dem Wohnungsmarkt mit ausgelöst: Spekulation, Gentrifizierung, explodierende Mieten. Was nun?

Ein zentrales Motto muss heißen: Genossen, schafft Genossenschaften! Kaum ein Modell ist bewährter, sozialer und dauerhafter. Enttäuscht, entsetzt hatten insbesondere Wohnungsgenossenschaften den Wandel auf dem Markt der Mieten verfolgt - mit dem politischen Blick auf Städte wie Wien, wo konsequent und erfolgreich kommunale wie genossenschaftliche Wohnbestände erhalten werden. Ein Bündnis junger Genossenschaften in Berlin fordert vom Senat, was sich als "Verwienerung" von Berlin bezeichnen ließe.

Wer Anteile an Genossenschaften erwirbt, lebt günstig und angstfrei, besitzt vererbbares Wohnrecht auf Lebenszeit und verwaltet selber mit. Spekuliert werden kann mit den Anteilen nicht. Der Mietendeckel sollte das Missverhältnis zwischen Mieter und Vermieter abmildern. "Eben dieses Missverhältnis gibt es bei Genossenschaften nicht, da Mieter und Vermieter identisch sind", betont Andreas Barz als Vertreter des Bündnisses.

Warum haben Genossenschaften teils seit weit über 100 Jahren Bestand. Menschenwürdiger Massenwohnungsbau wurde Ende des 19. Jahrhunderts ein großes Thema. Arbeiter lebten in düsteren Mietskasernen, und der soziale Städtebau wollte fort von Blockrandbebauung, engen Schächten und Hinterhöfen. "Man kann einen Menschen mit einer Wohnung erschlagen wie mit einer Axt", hatte der Zeichner Heinrich Zille gesagt, als er das Berliner "Milljöh" portraitierte.

Dagegen entstanden die aufgelockerten Siedlungen der 1920er Jahre, heller, grüner, gemeinschaftlicher, so wie die leuchtenden Anlagen der Berliner Moderne. Sechs von ihnen sind Unesco-Weltkulturerbe. Zwei sind weiterhin Eigentum von Genossenschaften. 2016 wurde die Genossenschaftsidee selbst zum Immateriellen Weltkulturerbe ernannt.

Heute könnte es in vielen Metropolen heißen: "Man kann einen Menschen mit der Miete einer Wohnung erschlagen wie mit einer Axt." Damit Menschen einen Schlafplatz haben, müssen sie andere Menschen bezahlen, auf deren Boden das Bett steht. In Berlin geben jene 80 Prozent der Bevölkerung ohne Wohneigentum heute rund ein Drittel ihres Einkommens für Mieten aus. Leute mit Wohneigentum kassieren gut 16 Milliarden Mieten im Jahr. 1975 machten Mieten 13 Prozent des Nettoverdienstes aus.

Das Bündnis der jungen Genossenschaften fordert Machbares: Mehr Konzeptverfahren für größere Grundstücke. Spekulationsfreie, privatwirtschaftliche Nutzergemeinschaften wollen hier nicht länger mit der "Resterampe" abgespeist werden. Sie wollen mehr Förderdarlehen und Tilgungszuschüsse, bessere, beschleunigte Verfahren und Baukindergeld auch für ihre Projekte. Bürgerbeteiligung, allenthalben verlangt, bekäme gerade mit mehr Genossenschaften im Wortsinn mehr Boden.

Kurz: Von der zu Unrecht misstrauischen Berliner Politik, die unverantwortlich gehandelt hat, verlangen engagierte Berliner Bürger, die verantwortlich handeln, zu Recht das Vertrauen, das sie verdienen.

Bündnis junger Genossenschaften mit neuem Statut

Das "Bündnis junger Genossenschaften", das von der WBG "Bremer Höhe" eG zusammen mit mehreren anderen jungen Berliner Genossenschaften im Jahr 2017 mitgegründet wurde (siehe Infoblatt 1/2018), wird von der Berliner Politik und auch von der Presse inzwischen als wichtiger Gesprächspartner anerkannt.

Das Bündnis ist nach gut vier Jahren Arbeit auf über 30 junge Berliner Genossenschaften angewachsen, die in der Stadt einen wichtigen Beitrag für eine nachhaltige, durchmischte und solidarische Stadt leisten. Dabei gehören neben Wohnungsgenossenschaften auch Atelier- und Gewerbegenossenschaften dazu, da die beteiligten Mitglieder das Ideal einer gemischten Stadt eint, das sie gemeinsam verfolgen.

In den vergangenen vier Jahren ist das Bündnis mit vielen Beiträgen und Kommentaren zur aktuellen Wohnungspolitik an die Öffentlichkeit herangetreten und wurde mehrfach in politische Gesprächsformate etc. eingebunden. Zwar sind die meisten der Forderungen, mit denen das Bündnis ursprünglich angetreten ist, noch nicht erreicht, aber zumindest wurden manche Prozesse angeschoben (Genossenschaftsförderung, Konzeptverfahren, verpflichtende Beteiligung der Genossenschaften bei der Vergabe von Grundstücken in Entwicklungsgebieten), die in die richtige Richtung weisen.

Um die Genossenschaftsidee im Immobilienbereich noch mehr zu fördern und die Schaffung guter wirtschaftlicher und politischer Rahmenbedingungen für Genossenschaften zu erreichen, agiert das Bündnis als solidarische Interessenvertretung seiner Mitglieder. Für diesen Zweck haben sich die Bündnismitglieder nun ein Statut gegeben – nachzulesen auf der Webseite www.junge-genossenschaften.berlin

Artikel im Tagesspiegel vom 19.04.2021

Was wurde eigentlich ... – aus dem Musterhaus der Bremer Höhe?

Nur eine kleine Notiz im Infoblatt 02/01 vom Februar 2001 gibt heute noch einen Hinweis auf den Beginn unserer Sanierungstätigkeiten:

"Termine

Anlässlich der Fertigstellung des Musterhauses in der Buchholzer Straße 21 findet am Samstag den 7. April ab 15:00 Uhr das Frühlingsfest der Wohnungsbaugenossenschaft "Bremer Höhe" statt: bei schönem Wetter im Hof hinter dem Musterhaus, bei schlechtem im Gewerberaum Ecke Buchholzer Straße und Pappelallee (ehem. Motorradladen). Hierzu sind alle Mitglieder, Bewohner und Freunde der "Bremer Höhe" herzlich eingeladen."

(Nachzulesen auf unserer Website: https://www.bremer-hoehe.de/media/pdf/mitteilungsbl_ar-chiv/2001_02.pdf)

Die meisten derer, die schon damals in der Bremer Höhe wohnten, können sich erinnern, dass die Instandsetzung und Modernisierung der Wohnanlage mit der Häuserzeile zwischen Pappelallee 73 und Schönhauser Allee 58 begann. Unser Testobjekt war aber das kleine Gebäude Buchholzer Straße 21. An diesem erprobten wir, ob die für den Erfolg unseres Vorhabens – das hieß nichts weniger als das Überleben unserer Genossenschaft – alles entscheidenden Parameter Zeitplan und Kostenrahmen der Baumaßnahmen realistisch waren. Das Haus Buchholzer Straße 21 hatten wir ausgewählt, weil es fast vollständig leer stand.

Wir hatten uns vorgenommen, jeweils einen der drei Häuserblöcke pro Jahr zu sanieren, also Ende 2003 mit der gesamten Bremer Höhe fertig zu sein. Das war notwendig, denn unsere Finanzierung war auf diesen Plan abgestimmt. Das war sehr ehrgeizig: Der Plan ließ uns für jedes Haus maximal 10 Wochen Zeit, in der Abrissarbeiter, Heizungsbauer, Sanitärfachleute, Tischler, Dachdecker, Zimmerer, Elektriker, Trockenbauer, Maurer, Fassadensanierer, Maler, Fliesenleger, Fußbodenleger und Schlosser sich eng untereinander abstimmen mussten.

Besichtigung der Muster-Baustelle mit dem damaligen Senator Strieder 2001. Im Bild die zwanzig Jahre jüngeren Gremienmitglieder Ulf Heitmann und Klaus Mindrup Maßgeblicher Koordinator war der im vorletzten Infoblatt (4/2020) gewürdigte Bernd Düsterhöft.

Die Baumaßnahmen an der Buchholzer 21 begannen kurz vor Weihnachten 2000, also nur 7 Monate nach dem Erwerb der Bremer Höhe. Eile war geboten, erste Fördergelder mussten investiert werden, ein Baustopp wäre für uns existenzbedrohend gewesen. Schon Ende März war das Haus vollständig saniert und wie in der obigen Notiz angekündigt konnten Mitglieder und andere Neugierige unser Musterhaus am 7. April 2001 von innen und außen betrachten – begleitet von Live-Musik, da die für das Fest engagierten Musiker in den leeren Räumen des Musterhauses schon einmal einen Vorgeschmack gaben.

Von den im Mai 2001 dort Einziehenden wohnt heute niemand mehr dort. Die Gründe dafür sind im Einzelnen vielfältig, aber ein wichtiger Faktor ist sicherlich, dass das Haus aus zehn recht kleinen Zweiraumwohnungen besteht, in denen die Fluktuation generell höher ist und manche der Mitglieder sind in größere Wohnungen in der Bremer Höhe umgezogen.



Initiativenfonds Jurysitzung April 2021

Die Frühjahrs-Jurysitzung 2021 des Initiativenfonds fand am 19. April statt. Bereits zum dritten Mal wurde die Jurysitzung von den Mitgliedern als Videokonferenz organisiert, mit Online-Diskussionen und Abstimmungen über die Anträge. Zwar stellt sich langsam eine gewisse digitale Routine ein, aber die Jury freut sich trotzdem schon auf eine hoffentlich wieder einmal "physische" nächste Sitzung im Herbst mit einem obligatorischen "Bier danach".

Für die Förderrunde wurden drei Anträge frist- und formgerecht eingereicht. Der Jury stand ein Budget von 2.522 Euro zur Verfügung und sie hat entschieden, folgende Vorhaben zu fördern:

1. Die Anschaffung eines Insektenhotels im Hof unserer Bestände in der Bornitz/Ruschestraße wird mit einer Förderungssumme in Höhe von 200 Euro unterstützt. Das "Hotel" soll als Nist-und Überwinterungshilfe für verschiedene Bienenarten, Hummeln, Marienkäfer, Florfliegen und Ohrenkneifer dienen. Trotz scherzhaft diskutierter "Bedenken" bei den Ohrenkneifern, ist das Ziel, durch diese Insekten-Quartiere ein wenig zu einem funktionierenden ökologischen Gleichgewicht in unseren Hofgärten beizutragen, klar und deutlich. Zudem soll durch das Aufstellen von zusätzlichen, kleinen und erklärenden Infotafeln am Insektenhotel die Umweltbildung für Kinder, aber auch gerne Erwachsene vertieft werden.



2. Auch bei dem zweiten Antrag, der von der Jury bewilligt und finanziell bedacht wird, geht es um das ökologische Gleichgewicht. Konkret ging es um die Anschaffung eines Gießmobils, das speziell für das Gießen der Straßenbäume vor unseren Bremer Höhe-Häusern in der Schönhauser-und Pappelallee, Gneist-, Buchholzer- und Greifenhagener Straße zum Einsatz kommen soll. Eine Summe von 198,90 Euro wird dafür vom Fonds zur Verfügung gestellt. Über die Wichtigkeit der Straßenbaumpflege wurde von uns in der Vergangenheit immer wieder regelmäßig berichtet, zuletzt in den Infoblatt-Ausgaben 2/20 (S.14) und 3/20 (S.16).

Ein praktisches Gießmobil erleichtert arbeitstechnisch das Engagement für den Erhalt unserer Straßenbäume. Zuvor gab es aber in der Jury eine lebhafte Diskussion darüber, inwieweit sich durch noch mehr genossenschaftliche, private und auch finanzielle Initiative mit der Anschaffung so eines Mobils, der Bezirk immer weiter vor seiner Verpflichtung zur Versorgung der Straßenbäume drücken könnte. Letztlich war die Jury aber einstimmig der Meinung, dass es besser ist, sich selbst um eine halbwegs ausreichende Wasserversorgung der Bäume in unserer direkten Nachbarschaft zu kümmern, als zuzusehen, wie sie absterben, weil die Stadt ihrer Aufgabe nicht nachkommt.

Abgelehnt wurde der Antrag für eine Fahrrad-Reparaturstation im Pappelhof, da der Jury-Meinung nach für diese vergleichsweise teure Investition kein ausreichendes Durchführungs-und Betreuungskonzept vorlag. Positiv gab aber die Idee zu dieser Station einen Impuls dafür, sich verstärkt dem Thema "Rad-Mobilität" in der "Bremer Höhe" zu widmen, mit den verschiedenen Aspekten wie E-Mobilität, gemeinschaftlichen Lasten-Rädern oder eben auch einer Reparatur-Werkstatt für Alle.

Gesamt wurden in der Sitzung somit Vorhaben in Höhe von 398,90 Euro gefördert, für Anträge im Herbst verbleibt ein stattliches Budget von 2.123,10 Euro.

P.S.: Das Gießmobil kommt inzwischen schon zu ersten Einsätzen. Wer es benutzen möchte, schreibe bitte eine E-Mail an unser Büro (info@ bremer-hoehe.de).

> Das Gießmobil: eine sinnvolle Investition für unsere Straßenbäume. Es steht auf dem Schönhauser Hof.

Wie wohne ich richtig – Plötzlich platscht das Wasser durch die Decke

Diese furchtbare Erfahrung haben in diesem Jahr schon Mitglieder der "Bremer Höhe" machen müssen, als sie aus heiterem Himmel einem großen Leitungswasserschaden ausgesetzt waren. Nach dem aufregenden Feuerwehreinsatz in der darüberliegenden Wohnung kommt das große Wischen und Aufräumen, Handwerker rücken an, stellen Trocknungsgeräte auf, die wochenlang lärmen, Wände werden aufgestemmt usw.

Schnell wird klar, dass viele der eigenen Habseligkeiten wie Couch, Bücher, Kommode, Teppiche und Computer, Decken, Kissen, Gardinen und vieles mehr nicht mehr zu retten sind. Doch wer bezahlt die Wiederbeschaffung all dieser Dinge? Ganz einfach, die Hausratversicherung. Denn die Gebäudeversicherung der "Bremer Höhe" eG trägt nur die Schäden am Gebäude. So zum Beispiel die Reparatur der geplatzten Wasserleitung, die Prüfung und Instandsetzung der Elektroinstallation nach dem Wasserschaden und auch die Wiederherstellung von Wand- und Deckendurchbrüchen, die zur Schadensbeseitigung notwendig wurden.

Schäden an den privaten Dingen, die sich in Ihrer Wohnung befinden, trägt die Hausratversicherung. Eine Hausratversicherung kommt aber nicht nur für Leitungswasserschäden auf. Versichert sind auch Brandschäden, Sturm- und Hagelschäden sowie Einbruchdiebstahl und Vandalismus in der

Wohnung und den dazugehörigen Keller- und Abstellräumen. Bei Bedarf kann Fahrraddiebstahl, Reisegepäck usw. zusätzlich mitversichert werden. Die Kosten einer Hausratversicherung sind dabei absolut überschaubar. Ein Kostenvergleich bei den vielen Anbieter lohnt sich. Wir können Ihnen nur dringend dazu raten!

Hummel-Nisthilfe im Pappelhof

Im letzten Jahr hat der Initiativenfonds dankenswerterweise die Kosten für die Anschaffung eines Hummelhauses übernommen, das ich in diesem Jahr im Pappelhof aufgestellt habe. Hummeln sind wie die Honigbienen eine staatenbildende Bienenart, haben also eine Königin sowie Arbeiterinnen. Am wahrscheinlichsten wäre es, dass eine Königin der Ackerhummeln in diese Nisthilfe einzieht, da dies die hier meistverbreitete Art der Hummeln ist. Die Ackerhummel nistet sonst zum Beispiel in verlassenen Mäusehöhlen, ist sehr friedlich (wie mehr oder weniger fast alle Hummelarten) und würde wohl höchstens zur Selbstverteidigung oder zur Verteidigung ihres Nestes stechen. Leider ist es wohl in diesem Jahr trotz eines aktiven Ansiedlungsversuchs meinerseits noch nicht zu einem Einzug einer Hummelkönigin gekommen; vielleicht auch, weil der Pappelhof noch zu wenig mit attraktiven Pflanzen für Insekten bzw. Hummeln ausgestattet ist (vor allem Gemüsepflanzen wie etwa Tomaten werden gerne von Hummeln angeflogen). Ich hoffe, dass es dann mit den Erfahrungen aus diesem Jahr in 2022 besser klappen wird. Jens Szczepanski





Termine

Alle Termine derzeit unter Vorbehalt

Ordentliche Mitgliederversammlung

Dienstag, 17. August 2021 um 18.00 Uhr im Saal der ev.-freikirchlichen ZOAR-Gemeinde, Cantianstraße 9, 10437 Berlin Anschließend eine kleine Feier im Schönhauser Hof

Antragsschluss Initiativenfonds Herbst 2021

Mittwoch, 15. September 2021 ist Antragsschluss für die nächste Runde des Initiativenfonds.
Anträge bitte per E-Mail an:
initiativenfonds@bremer-hoehe.de

Das neue Leitbild unserer Genossenschaft – Diskussionsrunde

Mittwoch, 13. Oktober 2021 um 19.00 Uhr im Saal der ev.-freikirchlichen ZOAR-Gemeinde, Cantianstraße 9, 10437 Berlin

Redaktionsschluss Infoblatt 3/2021

Sonntag, 15. August 2021 ist Redaktionsschluss für das neue genossenschaftliche Infoblatt. Genossenschaftsrelevante Beiträge von Mitgliedern sind willkommen!

Ständig aktualisierte Termine

finden sich auf www.bremer-hoehe.de.

Newsletter WBG "Bremer Höhe" eG

Bitte E-Mail an newsletter@bremer-hoehe.de um Aufnahme in den Verteiler senden, erscheint monatlich mit aktuellen Informationen und Angeboten, nur für Genossenschaftsmitglieder der WBG "Bremer Höhe" eG.

Sprechzeiten der Verwaltung

Montag telefonisch 13.00–16.00 Uhr

Dienstag Sprechstunde in den Geschäftsräumen 9.00-12.00 Uhr und 13.00-18.00 Uhr

Mittwoch telefonisch

Donnerstag telefonisch 13.00–16.00 Uhr

* Für behindertengerechten Zugang bitte vorher anmelden.

Außerhalb der Sprechzeiten ist der Anrufbeantworter geschaltet. Für Mängelanzeigen im Bestand Prenzlauer Berg kann der Hausmeisterbriefkasten in der Greifenhagener Straße 65 bzw. für den Lichtenberger Bestand in der Bornitzstraße 29 genutzt werden. In dringenden Fällen bitte die auf den Aushängen oder der Website aufgelisteten Notdienste kontaktieren.

Servicenummer

Gas/Wasser/Elektro/Heizung/Sanitär: Fa. Universal Tel.: 030 68 40 84-0

Servicenummer Hobrechtsfelde nur für Elektro: Elektroanlagen Zepernick,

Tel.: 0173 610 50 60

Impressum

Infoblatt der Wohnungsbaugenossenschaft "Bremer Höhe" eG, Schönhauser Allee 59, 10437 Berlin, Telefon 44 67 76 - 0, Fax 44 67 76 - 20, info@bremer-hoehe.de, www.bremer-hoehe.de

Redaktion: Barbara König (V.i.S.d.P.), Ulf Heitmann, Andreas Döhler

Satz: Jörg Metze, atelier f:50 berlin Druck: CC-Digitaldruck

Bildnachweise:

Titel, S. 5–6, S. 7 oben, unten/links, S. 13 unten: Christian von Steffelin; S. 3: Andreas Bachmann; S. 4: Silva Albertini; S. 7, S. 8 links, S. 12: Andreas Döhler; S. 8 rechts: Tino Kotte; S. 9: Ulf Heitmann; S. 10: dwenteignen.de/Jan Icke; S. 13 oben: Claudia Burger; S. 14: Lars Borges; S. 17: Nils Kuntze; S. 18: Thomas Kuberek; S. 19 links: Bremer Höhe eG; S. 19 rechts: Jens Szczepanski